

Ausländerkriminalität

SVP sorgt für Transparenz

Mit den offenen Grenzen, der Personenfreizügigkeit und dem gescheiterten Dubliner Übereinkommen ist die Kriminalität in der Schweiz markant angestiegen. Sämtliche Statistiken belegen, dass die Kriminalität wesentlich mit der Migration zusammenhängt. Die Ausländerkriminalität ist zu einem Problem geworden, welches nicht nur die öffentliche Sicherheit beeinträchtigt, sondern auch enorme Kosten zu Lasten der Gesellschaft mit sich bringt.

Die Schweizer Bevölkerung wollte dieser Entwicklung im November 2010 mit der Annahme der Ausschaffungsinitiative entgegenwirken. Das Parlament nahm diesen Entscheid jedoch nicht ernst und verwässerte den Volksauftrag, wonach kriminelle ausländische Staatsbürger des Landes zu verweisen sind. Ganz ausgehebelt wurde das Volksverdict jüngst durch das Obergericht des Kantons Zürich. Dieses hat entschieden, einen straffälligen deutschen Staatsbürger nicht auszuschaffen, obwohl die Kriterien für den Landesverweis zweifelsfrei erfüllt sind. Das Obergericht ist der Ansicht, dass das Freizügigkeitsabkommen über die Verfassung und das Schweizerische Strafrechtbuch zu stellen sei.

«Das Obergericht ist der Ansicht, dass das Freizügigkeitsabkommen über die Verfassung und das Schweizerische Strafrechtbuch zu stellen sei.»

Dass die Ausländerkriminalität in der Schweiz zu einem alltagsbestimmenden Problem geworden ist, spüren aber nicht nur die Bürgerinnen und

Bürger, sondern auch die Behörden. Polizei und Justiz sind täglich und real mit diesem Problem und all seinen schwerwiegenden Folgen für die Opfer konfrontiert.

Auch den linken Exekutiv-Politikern entgeht die Ausländerkriminalität nicht. Nur können sie mit der Problematik nicht umgehen, da Ausländerkriminalität nicht in ihr ideologisches Weltbild passt. So hat die Stadt Zürich

«Mit dem Verschweigen der Nationalität von Tätern will die Stadt Zürich die Ausländerkriminalität vor der Bevölkerung verheimlichen.»

rich nun angeordnet, dass die Nationalität von Tätern inskünftig nicht mehr automatisch genannt wird. Während die Mehrheit des Schweizer Volkes kriminelle Ausländer ausschaffen will, versucht die Stadt Zürich nun der Ausländerkriminalität mit Faktenvertuschung Herr zu werden. Mit dem Verschweigen der Nationalität von Tätern will die Stadt Zürich die Ausländerkriminalität vor der Bevölkerung verheimlichen.



Die Ausländerkriminalität beträgt rund 50 %, bei einigen Straftaten sogar gegen 80 % – das darf nicht verschwiegen werden.

Die SVP ist jedoch nicht bereit, diese Zensurpolitik zu dulden. Sie lanciert deshalb ab Januar 2018 die Volksinitiative «Bei Polizeimeldungen sind die Nationalitäten anzugeben», welche den Entscheid der Stadt Zürich wieder korrigiert. Für die Bekanntga-

be der Nationalität besteht ein klares öffentliches Interesse, da die Bevölkerung ein Recht hat, umfassend und transparent über die öffentliche Sicherheit informiert zu sein. Die Statistiken belegen, dass bei Straftaten Täter aus bestimmten Ländern über-

proportional vertreten sind. Die Bevölkerung hat ein Anrecht zu wissen, aus welchen Ländern die Leute kommen, welche hier die Sicherheit beeinträchtigen und so Mehrkosten bei der Polizei, Justiz, dem Strafvollzug, usw. verursachen.

«Mehr Schweiz» als Verpflichtung

Soll ein abgewiesener afrikanischer Asylbewerber, welcher seine Herkunft verschleiert, ein Praktikum für 20000 Franken erhalten, oder ist eine Hilfestellung bei einem 55-jährigen Schweizer, welcher Unterstützung auf dem Arbeitsmarkt braucht, zielführender? Soll ich als Schulpfleger die Ressourcen mehrheitlich in Fördermassnahmen für schwache Kinder mit Migrationshintergrund investieren, oder ist es meine Aufgabe dafür zu sorgen, dass eine breite Schülerschaft beste Startbedingungen für den Übertritt in das Berufsleben erhält? Soll ich als Bürger am Gemeindefest in Hochdeutsch oder vertrautem Schweizerdeutsch empfangen werden? Die Antworten auf diese Fragen sind klar.

Das Kernanliegen für die bevorstehenden Kommunalwahlen lautet deshalb: Wir wollen «mehr Schweiz» in den Kommunen! Wir wollen mehr Gemeindevorstände, Schulpfleger und Kommissionsmitglieder engagiert sehen, welche die Schweizer Werte beherzt vertreten. Sei es bei Personalentscheidungen oder bei der Frage, wo und wie das wertvolle Steuergeld investiert wird.

Starke und gesunde Gemeinden

Die Gemeinden stehen heute unter grossem Druck. Sie verlieren zunehmend an Einfluss. Vieles wird weit oben und fernab der Bürger entschieden. Für die SVP ist klar: Derjenige, der eine Entscheidung trifft, soll auch unmittelbar die finanzielle Verantwort-

ung des Entscheids gegenüber dem Bürger und Steuerzahler zu vertreten haben. Wohnen, Leben und Arbeiten soll in den Zürcher Gemeinden attraktiv bleiben. Der Kanton fördert Gemeindefusionen aktiv. Das Kleine, oftmals bewährte, kann grösser gemacht werden. Professionalisierung gilt als Zauberwort. Zentralismus ist das Ziel. Diese Entwicklung ist zutiefst unschweizerisch und muss bekämpft werden. Die SVP setzt sich für starke und gesunde Gemeinden ein, denn in den Gemeinden soll den Bürgerinnen und Bürger eine bestmögliche Mitbestimmung im überschaubarem Rahmen gewährt werden. Die Mandatsträger in den Gemeinden müssen sich ihrer wichtigen Rollen bewusst sein und diese verteidigen. Sie müssen der Befehlskultur von Bund und Kanton entschieden entgegenzutreten. Nur wenn unsere Gemeinden einen möglichst grossen Entscheidungsspielraum haben, können sie gedeihen und gesund bleiben.

Auswirkungen der Zuwanderung

Durch die Politik aus Bundesbern ist jedoch nicht nur die Unabhängigkeit und die Freiheit unseres Landes, sondern auch die Existenz und Handlungsfähigkeit der Gemeinden gefährdet. Seit 2007 sind netto rund 750000 Personen in unser Land eingewandert. Eine Studie der Zürcher Kantonsverwaltung zeigt auf, dass vier von fünf Zuzüglern nicht in einem Beruf mit Fachkräftemangel arbeiten. Nur 20 Prozent der seit 2007 eingewander-



Die Schweizer Fahne steht für Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung. Wer das will, wählt SVP.

ten Personen arbeiten in einem Beruf, wo ein Mangel an Fachkräften herrscht. Nur bei 55 % der Einwanderer lag der Grund des Zuzugs in den Kanton Zürich in der Erwerbstätigkeit. Die restlichen Personen kamen aufgrund eines

«Die SVP setzt sich für starke und gesunde Gemeinden ein ... Wir wollen «mehr Schweiz» in den Kommunen!»

Asylantrags oder im Rahmen des Familiennachzugs. Das Fazit: Es ziehen immer mehr Ausländer in die Schweiz bzw. in die Zürcher Gemeinden, für welche seitens der Wirtschaft kein Bedürfnis besteht, die aber die hiesigen Infrastrukturen und Sozialsysteme in

Anspruch nehmen. Bekanntlich setzt sich die SVP für eine Begrenzung der Zuwanderung und einen Inländervorrang ein. Der Staat und die Gemeinden müssen beim Inländervorrang eine Vorbildrolle einnehmen. Inländer sind gegenüber Ausländern zu bevorzugen. Die Direkteinwanderung in die Sozialhilfe und die damit verbundene Kostenexplosion der Gemeindefinanzen ist zu stoppen. Obwohl die Zürcher Gemeinden bezüglich Einwohner massiv gewachsen sind, sinken vielerorts hingegen die durchschnittlichen Steuererträge der natürlichen Personen. Den tieferen Einnahmen steht die massive Kostenexplosion insbesondere im Bereich der Sozialausgaben gegenüber. Die Gemeinde bildet de facto das letzte soziale Auffangnetz für all jene, welche im Zuge der Massenzuwanderung aus dem Erwerbsleben

verdrängt wurden oder direkt in die soziale Hängematte einreisen.

Mehr Amateure für mehr Schweiz

Die Rahmenbedingungen zum Ausführen eines Behördenamtes auf kommunaler Stufe sind gleichermassen interessant wie auch herausfordernd. Statt mehr Verwaltung braucht es mehr Courage und mehr bodenständigen Sachverstand von Personen, welche sich als Amateure und Milizpersonen in den Gemeinden engagieren wollen. Die Bezeichnung Amateur scheint manch einer im negativen Kontext zu verwenden. Man merke: «Amateur» von lateinisch «Liebhaber» ist per Definition eine Person, die ihre Tätigkeit aus Liebe zur Sache ausübt, ohne daraus einen Beruf zu machen beziehungsweise grosses Geld für seine Leistung zu erhalten. Ein Hoch also auf die Amateure in unserem Kanton, welche sich im Kontext der wahrlich grossen Herausforderungen der Situation stellen und beherzt einstehen für mehr Schweiz!



Stefan Schmid, Kantonsrat, Gemeinderat Niederglatt